

## Wir sind **CSU!** Clever – Spontan – Unabhängig

Bekanntlich haben CDU und CSU bei Ihrer Gründung vereinbart, dass die CSU nur in Bayern und die CDU außerhalb Bayerns tätig ist.

Bis in die jüngere Vergangenheit hinein mag diese historisch begründete Aufteilung richtig gewesen sein, besetzten beide Parteien ungefähr den gleichen Platz in der politischen Landschaft.

Seit Frau Merkel ist dies anders geworden. Bundeskanzlerin Merkel hat die CDU und Deutschland auf einen strammen Links-Grün-Kurs getrimmt, innerparteiliche konservativ-bürgerliche Widersacher aus dem Weg geräumt und die Grundsätze und Werte der Union größtenteils geopfert und verraten!

Viele Menschen sind dadurch politisch heimatlos geworden und begeben sich mit Wahl der AfD auf Irr- und Abwege.

Viele Menschen - in NRW sind es laut Umfragen über 20% - äußern ihr Bedauern darüber, dass die CSU außerhalb Bayerns nicht wirklich wirkt und vor allem nicht wählbar ist. Zwar können aus rechtlichen Gründen keine CSU und ihre Untergliederungen in NRW gebildet werden, man kann aber politisch und inhaltlich durchaus an die CSU angelehnte Politik machen.

Die FREIE WÄHLER stehen für bürgerlich-konservative wie auch liberale Inhalte und sehen sich zudem als Alternative für die Menschen,

die sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlen.

Informationen zu den FREIEN WÄHLERN und ihren Positionen die Europa-, Bundes- und Landespolitik betreffend finden Sie hier: <http://freiewaehlernrw.de>. Die **WVK UWG FREIE WÄHLER** in Wermelskirchen geht diesen Weg gerne mit und freut sich auf die Landtagswahl am 14. Mai. Informationen zur Arbeit der **WVK UWG FREIE WÄHLER** finden Sie hier: [www.wvkuwg.de](http://www.wvkuwg.de). Deshalb am 14. Mai: **FREIE WÄHLER – DIE ECHTE Perspektive: Clever – Spontan – Unabhängig** auf dem Weg in den Landtag.

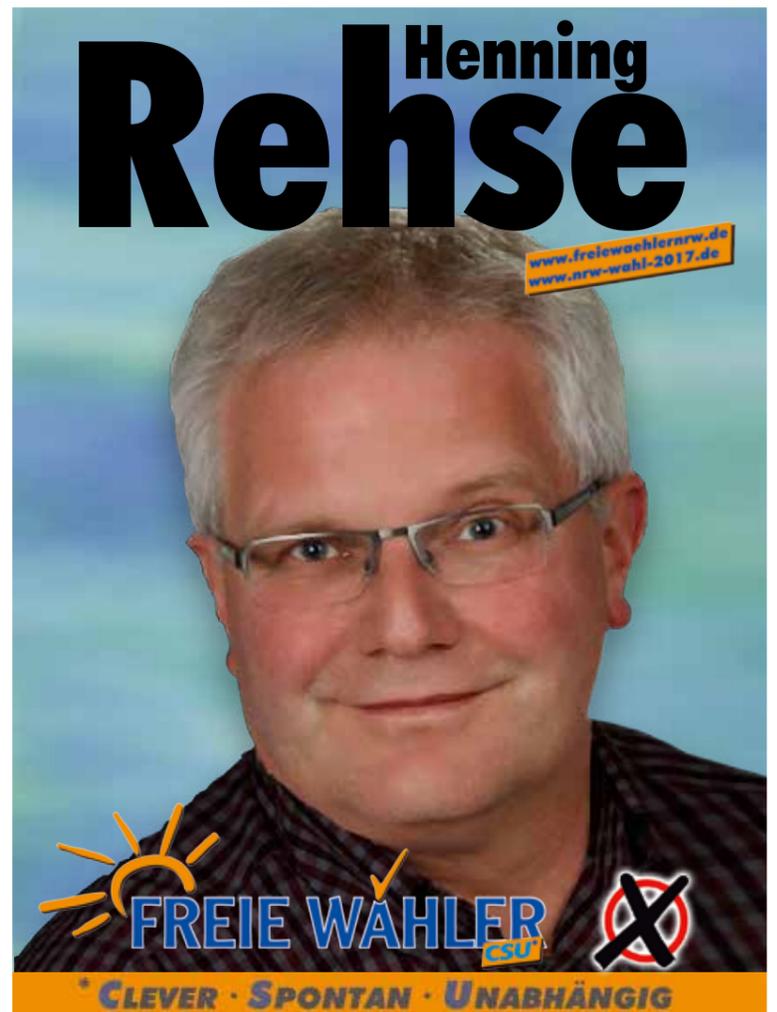
## FREIE WÄHLER auf dem Weg in den Landtag

Zur Landtagswahl am 14. Mai kandidieren die **FREIEN WÄHLER** in NRW.

Die **FREIEN WÄHLER** stehen für bürgerlich-konservative wie auch liberale Inhalte und sehen sich als Alternative für die Menschen, die sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlen. Sie nehmen in NRW den Platz ein, der ansonsten von der CSU besetzt wäre, könnte/dürfte/wollte sich die CSU den Menschen außerhalb Bayerns als Wahlalternative anbieten. Insbesondere ehemalige Wähler der CDU sind politisch heimatlos geworden, seitdem Frau Merkel „ihre“ Partei inhaltlich und personell entkernt hat. Aussetzung der Wehrpflicht, Energiewende, vermeintliche Rettung von Euro und Griechenland, Flüchtlingspolitik und dazu gehörender „Deal“ mit Herrn Erdogan waren und sind Politikfelder, die die Kanzlerin nahezu allein, teilweise ohne parlamentarische Legitimierung und vor allem gegen den Willen weiter Teile der Bürger durchgesetzt hat.

Dass sie dabei auf keinen nennenswerten Widerstand des Bundestags wie auch ihrer eigenen Partei traf, lässt Schlüsse auf den Zustand unseres politischen Systems zu. Viele Menschen möchten zudem nicht im Schlafwagen durch die Hintertür in eine „durchgrünte“ Gesellschaft geführt werden. Die **FREIEN WÄHLER** gehen daher jetzt einen notwendigen seit langem überfälligen Weg, der von vielen Bürgern im Land – auch über NRW hinaus – gewünscht wird: den einer für bürgerlich, konservativ wie auch liberal eingestellte Menschen wählbaren Partei, unabhängig von einer Merkel-CDU und in klarer Abgrenzung zur AfD! Wir möchten die Menschen ansprechen, die sich von der aktuellen Politik und deren Vertretern abgewendet haben: insbesondere ehemalige CDU-Wähler, CSU-Sympathisanten, AfD-Wähler, Nicht-Wähler usw.! Wesentliche Themen der **FREIEN WÄHLER** in Deutschland sind:

- Flüchtlingspolitik im Sinne der wirklich vor (Bürger-)Krieg Schutz suchenden Menschen
- Bürger entscheiden lassen – Volksentscheide durchführen: Volksabstimmungen zu den wesentlichen politischen Themen, damit sich Alleingänge wie die von Frau Merkel nicht wiederholen können
- Reform der EU auf ein „bürger-nahes Europa der Regionen“, in dem die Brüsseler Bürokratie entmachtet und Souveränität und Zuständigkeit an die nationalen Regierungen und damit Bürger der Länder zurückgegeben wird.
- Ein starker Euro nur für die Länder, deren Wirtschaftskraft und Finanzsystem mit dem Euro vereinbar ist
- Freihandelsabkommen nur unter Beibehaltung der deutschen und europäischen Standards zum Schutz der Bürger und Verbraucher



- ✓ **Politische Ämter:**
  - 1984 Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Wermelskirchen
  - seit 1989 Rat der Stadt Wermelskirchen und Kreistag Rheinisch-Bergischer Kreis
  - 2004-2009 sachkundiger Bürger im Landschaftsverband Rheinland
  - seit 2009 Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland und Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER
  - Stellvertretender Landesvorsitzender FREIE WÄHLER
- ✓ **Politische Hauptthemen:**
  - Kampf dem Stauland NRW
  - Sicherheit für alle Bürger
  - Kontrollierte Einreise, konsequente Integration wie auch Abschiebung von Flüchtlingen
  - Genügend Geld für Städte und Gemeinden
- ✓ **Privates:**
  - Jahrgang 1962
  - seit 1986 verheiratet - ein Sohn
  - evangelisch
- Hobbies:**
  - mit unseren Hunden wandern
  - Urlaub
  - lecker essen gehen
- Beruf:**
  - Chemiker

Wählen Sie am 14. Mai 2017 die Partei, die **ECHTE PERSPEKTIVEN** setzt!

**FREIE WÄHLER**  
Nordrhein-Westfalen

Henning Rehse · Goethestraße 33 · 42929 Wermelskirchen · 0171 / 340 1418  
wvk-wermelskirchen@t-online.de · www.freiewaehlernrw.de · www.nrw-wahl-2017.de

### Wesentliche Themen der **FREIEN WÄHLER** für NRW sind:



### Schluss mit der „durchgrünten“ Gesellschaft!

NRW-Bauminister Michael Groschek (SPD) prägte im August 2016 diesen Begriff. Wahlkampf hin, Wahlkampf her, politischer Gegner hin, politischer Gegner her, es ist nur fair, auch in Wahlkampfzeiten zu sagen, dass Minister Groschek mit seiner Beschreibung und Kritik an der „durchgrünten“ Gesellschaft absolut Recht hat. Dumm ist für die SPD nur, dass sie durch Regierungsbeteiligung der Grünen über mehrere Wahlperioden selbst dieses „Durchgrünen“ gefördert hat. Wie die Wahlergebnisse der letzten Monate bundesweit gezeigt haben, machen aber die Wahlbürger mit ihrem Kreuz an der richtigen Stelle mittlerweile selber Schluss mit dieser seit 30 bis 50 Jahren schon andauernden Fehlentwicklung. Die Zahl der Menschen, die „Durchgrünung“, Multi-Kulti, Staatsbevormundung, Gängelung, die Verordnungen des radfahrenden, nicht rauchenden Veganertums satt hat, steigt von Wahl zu Wahl – und das ist gut so. So werden sich ab jetzt Regierungen auf allen Ebenen mehr und mehr fragen, ob sie mit der „Durchgrünung“ der Gesellschaft nicht besser selbst Schluss machen, um nicht weitere nicht unerhebliche Teile der Bürger ob dieses Unsinnigen gegen sich aufzubringen. Sicherlich wird es ebenso wieder 30 bis 50 Jahre dauern, bis diese Fehlentwicklung wieder ausgemerzt sind. Dazu bedarf es bedeutender Veränderungen sowohl in struktureller, inhaltlicher als auch personeller Hinsicht. Die **FREIEN WÄHLER** stehen hierfür bereit!

## Rot-Grüne Bevormundung

Wenn rot-grüne Landesregierungen etwas besser können als Regierungen aller anderen Farbenlehren, dann ist es die Reglementierung, Bevormundung und Drangsalierung „ihrer“ Bürger. Perfider Weise wird dieses Vorgehen auch noch hübsch unter dem Deckmäntelchen des Schutzes und der Vorsorge für was auch immer getarnt. Tempolimits wegen Lärm- und Umweltschutz, Sperrungen wegen umfallender Brücken und einstürzender Tunnel machen den Weg zur Arbeit für Pendler zur täglichen Tortur.



Ist es von zu weit hergeholt, in diesem Zusammenhang einmal zu fragen, ob die Gründe hierfür immer so stimmen und die Maßnahmen wirklich nötig sind oder ob es eigentlich eher darum geht, den Menschen mit vorgeschobenen Argumenten einfach nur das Autofahren zu verleißen. Der Slogan „Busse & Bahnen - Grüne Welle für Vernunft“ bekommt da eine ganz neue Aktualität und Bedeutung.

Als nächstes wird wohl das Rauchverbot mit dem Hinweis auf den Klimaschutz auch auf das Rauchen im Freien ausgeweitet.



Nächstes Betätigungsfeld könnten Verkaufsbeschränkungen zeitlicher und mengenmäßiger Art für Fleischprodukte sein – nur Vegetarier, Frutarier, Veganer, Flexitarier, Pescetarier, Freeganer und wie die ganzen Trupps so heißen sind letztendlich doch die einzigen „wahren“ Menschen, die sich des Wertes der Schöpfung wirklich bewusst sind und mit ihr „umgehen“ können.



Vorgenannte Themen sind ausschließlich Sache von Bund und Land, folglich können die Wermelskirchener sie letztendlich nur über sich ergehen lassen. Interessanter wird es jedoch bei Fragen, die die städtische Verkehrspolitik betreffen. Da droht von Rot-Grün weiter Ungemach und das könnte für die Geschäfte in Wermelskirchen und ihre Kunden fatale Auswirkungen haben: Nichts tun SPD und Grüne lieber als den Menschen auch zu erklären, wie sie einzukaufen haben, wo sie parken und halten dürfen, wie sie am besten einkaufen (zu Fuß oder mit dem Fahrrad), wie weit es ihnen zumuten ist, fußläufig die Geschäfte zu erreichen.

Die ganzen überflüssigen Diskussionen und Aktionen um die Telegrafienstraße und den Radverkehr sind dafür haarsträubende Beispiele!



Nur werden Kunden und Geschäftsinhaber dem begegnen, indem die Kunden zunächst den Geschäften fernbleiben und dort einkaufen werden, wo es für sie akzeptable Parkmöglichkeiten gibt, und dann die Geschäfte die Stadt verlassen. Abschließend sei noch der Aspekt der Asymmetrie und Toleranz bei diesen ganzen Themen erwähnt: Es ist noch nie berichtet worden, dass im großen Stile langsam fahrende Autofahrer durch die Obrigkeit gezwungen werden, schnell zu fahren, Raucher Nichtraucher zum Rauchen zwingen, Steakliebhaber Vegetarier zum Fleisch essen zwingen, Fußgänger und Radfahrer gezwungen werden, mit dem Auto einzukaufen. Dies sollte mal jemand wagen, aber in die andere Richtung ist der rot-grüne Zwang offenbar in Ordnung und staatlich wie ideologisch gewollt...

## Politik für „alle“ – ist das machbar?

Politische Gruppierungen haben das Ziel, bei Wahlen möglichst viele Wählerstimmen zu bekommen. Fast jedem ist der Spruch geläufig „Everybody's Darling is everybody's Depp“. Nun stellt sich die Frage, inwieweit sich politische Gruppierungen zum Depp machen, um möglichst vieler Wähler „Darling“ zu sein und Stimmen zu bekommen?

In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat sich das Spektrum der politischen Gruppierungen und ihrer ideologischen und programmatischen Angebote stark erweitert.

Lässt man staats-, system-, verfassungs- und teilweise sogar menschenfeindliche Gruppierungen außerhalb des demokratischen Spektrums wie Die Linke, K-Gruppen, NPD; PRO... und Die Rechte etc. außen vor, wird zwischen Grünen auf der linken und der AfD auf der rechten Seite schon ein beachtliches Spektrum sichtbar. Wo stellen sich nun die FREIEN WÄHLER und als Teil von ihnen auch die Wählergemeinschaft **WNK UWG FREIE WÄHLER** in diesem Spektrum auf?

Die Antwort ist eben so einfach wie eindeutig: in der politischen Mitte, dort wo sich Menschen politisch heimisch fühlen, die eine bürgerliche bis konservative Wertvorstellung und ein dementsprechendes Politikverständnis haben.

Für diese Menschen, gleich welcher Nationalität und Herkunft sie sind, sieht sich die **WNK UWG FREIE WÄHLER** in der Pflicht, gute (Kommunal-)politik zu machen. Das sind die Menschen, die ihren Beitrag zum Gelingen unserer Gesellschaft leisten, leisten werden, geleistet haben – also Arbeitnehmer und Selbständige, Handwerker, Unternehmer, Dienstleister, Schüler, Auszubildende und Studenten, Hausfrauen und Rentner etc..

Auf der anderen Seite gilt es, sich um die Menschen zu kümmern, die unverschuldet in Not sind. Beispielhaft seinen hier Kranke, Behinderte, Arbeitslose genannt, wobei diese Aufzählung

keine Vollständigkeit beansprucht. Für diese Bürger, ein funktionierendes Gemeinwesen zu organisieren und zu finanzieren, ist eine Herkulesaufgabe, weil Ressourcen jedweder Art eben auch begrenzt sind.

Diese Begrenzung aufzuzeigen, gehört ebenso zu ehrlicher Politik!

Konkret bedeutet dies, dass Politiker auch konsequent Nein sagen müssen. Nicht jeder ideologischen Marotte darf gefolgt werden, nicht jede „Sau“, die politisch motiviert durchs Dorf getrieben wird, muss gefüttert werden, nicht jedes noch so abgedrehte Anliegen welcher Klientel und Minderheit auch immer muss bedient werden.

Der Blick auf das große Ganze rechtfertigt nicht nur ein Nein, er erfordert es sogar!

Ein weiterer Aspekt ist die Frage, wie viel Staat, wie viel staatliche Reglementierung und Gängelung der Bürger man will oder nicht.

Dass es dabei zum Streit mit dem politischen Gegner kommt, ist unvermeidbar.

Dass auch bestimmte Gruppierungen die Politik einer bestimmten Partei oder Wählergemeinschaft – auch der **WNK UWG FREIE WÄHLER** – unmöglich finden, ist unvermeidbar. So sind sich **WNK UWG FREIE WÄHLER** und insbesondere Linke und Grüne in tiefer Abneigung verbunden.

Die politischen Grundvorstellungen der FREIEN WÄHLER auf der einen und Linken und Grünen auf der anderen Seite sind nicht kompatibel. Dem Vertreten dieser Position, dem Werben für das eigene Politikverständnis wie auch dem Warnen vor der Politik von Linken und Grünen werden die FREIEN WÄHLER nicht müde und überdrüssig! Unser Land aber auch unser örtliches Gemeinwesen sind zu wertvoll, als dass sie in die Hände von politischen Gruppierungen fallen, die Minderheitenpositionen und -forderungen vertreten und die Bürger unentwegt bevormunden und gängeln, dieses aber umso absoluter und resoluter versuchen umzusetzen!

## Stefan Görnert neuer Erster Beigeordneter



Auf Vorschlag von CDU, **WNK UWG FREIE WÄHLER**, BürgerForum und FDP wurde Stefan Görnert als Nachfolger von Jürgen Gräf, der nach 24 Jahren in den verdienten Ruhestand geht, als Erster Beigeordneter und damit Stellvertreter des Bürgermeisters gewählt.

Stefan Görnert führt das wichtige Dezernat, in dem Soziales, Inklusion, Jugend, Schule, Sport, Kultur, Sicherheit und Ordnung sowie die Feuerwehr angesiedelt sind.



Jürgen Gräf, fotografiert von H. Draheim

Wir danken Herrn Gräf für seinen langjährigen Einsatz für unsere Stadt und wünschen Herrn Görnert einen erfolgreichen Start und Erfolg bei seiner zukünftigen Arbeit. Der Unterstützung der **WNK UWG FREIE WÄHLER** kann er sich hierbei sicher sein!

## Inklusion und demografischer Wandel, wichtige Themen... ... aber nicht für CDU, SPD und GRÜNE in Wermelskirchen

In jeder Sonntagsrede kann man sie hören, die gedroschen Phrasen der Politiker:

Inklusion ist ein Thema, das uns alle angeht!

Der demografische Wandel macht auch vor Wermelskirchen nicht halt! Wir müssen etwas tun!

So hört man sie tagaus tagein die Sprechautomaten von CDU, der selbsternannten Seniorenpartei, der SPD, dem sozialen Gewissen dieser Republik und natürlich den Grünen, die nie eine Gelegenheit auslassen, sich mit tränerstickter Stimme über Ausgrenzung von Minderheiten, Diskriminierung

und mangelnder sozialer Gerechtigkeit auslassen.

Ganz anders sieht es dann allerdings bei CDU, SPD und GRÜNEN aus, wenn es um die Umsetzung konkreter Maßnahmen in diesen Bereichen geht: Mehrfach hat die **WNK UWG FREIE WÄHLER** in den vergangenen Jahren beantragt, eine Seniorenplanung zu erarbeiten. Alle in diesem Bereich tätigen Träger, Verbände, Vereine, Initiativen fordern diese ebenfalls seit Jahren und unterstützen die **WNK UWG FREIE WÄHLER** in diesem Anliegen. Anders der Ausschuss für

Soziales und Inklusion im Rat der Stadt Wermelskirchen: er hat bereits zweimal Anträge der **WNK UWG FREIE WÄHLER** dazu abgelehnt – stets ohne inhaltliche Diskussion und stets ohne Begründung. Man hielt es nicht einmal für nötig, nach einer „Schamfrist“ sich wie sonst üblich des Themas in einem wortgleichen Antrag auf eigenem Briefpapier anzunehmen.

Beim Thema Inklusion sieht es kaum anders aus:

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** musste gemeinsam mit den Schulen, Eltern und der Lebenshilfe über

Monate unendlich dicke Bretter bohren, damit die Inklusionshilfe an Schulen mit 70.000 € unterstützt wird und so im Schuljahr 2016/2017 und den Folgejahren fortgesetzt werden kann. Als die **WNK UWG FREIE WÄHLER** den Antrag stellte, erntete sie zunächst von der Mehrheit im Rat Hohn und Spott, zum Schluss wurde der Antrag der **WNK UWG FREIE WÄHLER** jedoch einstimmig beschlossen – da hatten die vormaligen Gegner des Antrags schlichtweg keine Traute mehr, ihn aus reiner Willkür abzulehnen.

Es bleibt abzuwarten, wie viel Unterstützung der Bürgermeister zukünftig bei seinen Genossen für das Thema erfährt; der Bürgermeister hat mehrfach ausgeführt, dass er das Thema Inklusion zur Chefsache machen wird. Der Unterstützung der **WNK UWG FREIE WÄHLER** dafür kann er sich sicher sein!

Spannend ist auch die Haltung von CDU, SPD und GRÜNEN zur Wahl des Beirats für Menschen mit Behinderung. Zunächst einmal bedarf der Begriff „Wahl“ hier einer Erläuterung: Die Wahl dieses Beirats erfolgte in der Vergangenheit so, dass sich 11 „Funktionäre“ aus diesem Bereich, die zudem zufälligerweise auch noch in weiten Teilen mit den vorgenannten Parteien verhandelt sind, trafen, sich gegenseitig in den Beirat wählten und

dann aus ihrer Mitte Vorsitzenden und Stellvertreter wählten. Wohlgermerkt, wir sprechen über den Beirat der Menschen mit Behinderung in Wermelskirchen und nicht in Pjögjang!

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** stellte daraufhin den Antrag, die Wahl so durchzuführen, dass jeder Mensch mit Behinderung die Möglichkeit hat zu wählen und sich zur Wahl zu stellen. Da hatte die **WNK UWG FREIE WÄHLER** aber die Rechnung ohne die Funktionäre auf Seiten der Menschen mit Behinderung gemacht. Das ging gar nicht, sei diskriminierend und es gäbe tausend Gründe, die zwar nie genannt wurden, das nicht zu tun, hieß es aus dem Kreise der sich selbst wählenden, die offenbar Angst davor hatten, nicht mehr gewählt zu werden. Beim Blick in die bestehende Satzung zeigte sich dann jedoch, dass bereits heute die Möglichkeit besteht, auch Menschen mit Behinderung in den Beirat zu wählen, die nicht Funktionäre in irgendwelchen Organisationen sind. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wurde somit getan! Zwei „ungebundene“ Kandidaten fanden sich daraufhin, die jetzt im Beirat mitarbeiten und ihren Beitrag leisten, dass Themen zukünftig nicht so grotesk angegangen werden wie die Forderung nach Aufgabe der Außengastronomie eines Eiscafés, die selbst Menschen mit Behinderung nur Kopfschütteln abrang.

**DIE ECHE**  
**Perspektive**  
für alle „Verdrossenen“

[www.friewaeler.nrw.de](http://www.friewaeler.nrw.de)  
[www.nrw-wahl-2017.de](http://www.nrw-wahl-2017.de)

**FREIE WÄHLER**  
NRW

\*CLEVER · SPONTAN · UNABHÄNGIG

## PERSPEKTIVEN statt Plakate

Wählen Sie eine Partei die...

- ✓ Mängel bei der inneren Sicherheit und bei Zuwanderung und Integration behebt, Parallelgesellschaften verhindert
- ✓ verlotterten Städten und Gemeinden hilft
- ✓ marode Straßen erneuert und Staus beseitigt
- ✓ Unsicherheit und Experimente in den Schulen und bei der Inklusion beseitigt
- ✓ bezahlbaren Wohnraum fördert
- ✓ den Rückgang der wohnortnahen Pflege- und Gesundheitsversorgung verhindert
- ✓ verfehlte Energiepolitik verbessert
- ✓ Aufkommen von rechter Gesinnung bekämpft



Wählen Sie eine Partei,  
die **ECHE PERSPEKTIVEN** setzt!



Geschäftsstelle NRW · Jubahweg 1 · 44287 Dortmund · 0231 – 94 80 44 20  
info@friewaeler.nrw.de · www.friewaeler.nrw.de · www.nrw-wahl-2017.de

### Impressum:

**Herausgeber:** WNK UWG FREIE WÄHLER - Bürgergemeinschaft, c/o Norbert Kellner, Joseph-Haydn-Str. 30b, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/84735

**Verantwortlicher Redakteur:** Henning Rehse, Goethestraße 33, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/3933

**Redaktion:** Bettina Bernhard, Rüdiger Bornhold, Dr. Werner Güntermann, Stefan Kind, Hermann Opitz, Thorn Seidel, Dirk Wartmann

**Satz und Layout:** print & neue medien, J. Wilhelm, Remscheid

**Druck:** Wandke Druck und MedienserviceRemscheid · **Auflage:** 16.200